„Der Courier"
ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.

Der Bezugspreis für die an jedem Mittwoch erscheinende Ausgabe von 12 bis 24 Seiten beträgt jährlich $2.50 bei Vorausbezahlung. Versandpreis nach dem Auslande $3.50.

Man schreibe an den „Courier", 1835 Halifax Str., Regina, Sask., oder komme persönlich in unsere Geschäftsräume und Druckerei: 1835—1837 Halifax Strobe, Regina, Sask.

Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen

Anzeigen haben den größten Erfolg. Nachweislich 19,407 Leser.

Anzeigenraten auf Verlangen mitgeteilt.

Der Courier

Organ der deutsch sprechenden Canadi

"THE COURIER"
IS THE LEADING CANADIAN PAPER IN THE GERMAN LANGUAGE.

Subscription price for the regular issue of from 12 to 24 pages, appearing every Wednesday, $2.50 yearly in advance only.

Address: "The Courier", 1835 Halifax Str., Regina, Sask., or call at our offices and printing plant, 1835–1837 Halifax St. Regina, Sask.

Ads" are always successful, as "The Courier" is by far the best medium to reach the many thousands of prosperous German-Canadians in cities and country districts throughout the Canadian West.

German-speaking farmers are progressive and possess an enormous buying power. You want this trade! Advertise in "The Courier". Sworn Circulation 19,407 paying Subscribers. Advertising rates on application.

16. Jahrgang | 12 Seiten | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 24. Oktober 1923 | 12 Seiten | Nummer 50

Poincare plant Deutschlands Aushungerung

Frankreich schuld an allem Elend

Deutsche Regierung sandte Protest an 23 Staaten.

Berlin, 23. Okt. — Deutschland fordert seine diplomatischen Vertreter in 23 Ländern auf, ausländischen Regierungen mitzuteilen, daß es Frankreich für die dem Lande drohende Hungersnot für verantwortlich hält. Die Beschuldigung ist, daß Frankreich die Nation in unmenschlicher Weise durch den Hungertod zu vernichten sucht. Frankreichs Hartnäckigkeit, mit welcher es Deutschlands Versuchen, um Verhandlungen zur Regelung der Ruhrfrage zu beginnen, zurückweist, soll die Grundlage für die Beschuldigung bilden.

Erfüllung der Forderungen Poincare's würde für hunderttausende deutscher Bürger Hungerstod bedeuten, sagt „Die Zeit".

Berlin, 23. Okt. — „Wehe den Tyrannen, welche der Fluch eines niedergetrampelten und verhungernden Volkes verfolgt".

Mit diesen Worten warnt „Die Zeit", das persönliche Organ des Kanzlers Stresemann, Frankreich, Deutschland nicht bis zu der äußersten Verzweiflung zu treiben.

Der Leitartikel, welcher wahrscheinlich aus der Feder des Diktators stammt, erhebt gegen Frankreich die offene Beschuldigung, daß es mit Vorbedacht den Tod des Verhungerns auf einen großen Teil der deutschen Bevölkerung zu zwingen suche. Wir befassen uns mit Forderungen um finanzielle Erfüllungen, welche nicht ausgeführt werden können, weil sie absolut unmöglich sind, sagt der Leitartikel. Soll Deutschland sein Volk verhungern lassen, damit es den Forderungen Frankreichs nachkommen könnte. Es gibt keinen anderen Weg, um die Forderungen Poincares zu erfüllen. Deshalb verlangt Frankreich in Wirklichkeit die Vernichtung eines großen Teiles der deutschen Nation. Die Welt muß dies anerkennen. Keine deutsche Regierung, wie sie auch sein mag, kann die Bedingungen Poincares erfüllen, weil dadurch wissentlich über hunderttausende deutscher Bürger der Tod durch Verhungern verhängt würde. Weiterhin berührt der Leitartikel in vorsichtigen Worten die Gleichgültigkeit Großbritanniens und sagt: Die britischen Minister sitzen hinter verschlossenen Türen, beratend, wie es ihnen möglich sein würde, die britische Herrschaft weiter zu entwickeln. Sie scheinen vollständig vergessen zu haben, daß sie auch internationale Verpflichtungen haben.

Andere Andeutungen lassen darauf schließen, daß sich Deutschland, nachdem es eine neue Note an die Reparationen-Kommission gesandt haben wird, worin es eine bestimmte Haltung der Alliierten fordern wird und einen moralischen Aufruf an alle richten wird, vorbereiten wird, die Lage zu überleben. Der deutsche Hilferuf an die Welt, welcher ausgesandt werden soll, mag bis zur nächsten Woche verschoben werden. Stresemann glaubt, daß gesetzlose Zeiten bevorstehen, weil die Ruhr-Bevölkerung im Stiche gelassen worden ist, weil anscheinend die Finanz-Reformen nicht wirken, die Nahrungsmittel knapp sind und die Preise ständig steigen. Brot kam auf eine Billion Mark für den Laib.

Weitere Plünderung in Berlin.

Berlin, 23. Okt. — In den proletarischen Stadtvierteln wurden weitere Bäckerläden geplündert. Das Eingreifen der Polizei verhütete Unruhen in großem Maßstab.

Kahr bietet weiter Trotz.

Berlin, 23. Okt. — Dr. von Kahr eröffnete der Reichsregierung, daß Bayern künftig amtliche Beziehungen zum Wehrminister Geßler, der militärischer Diktator für ganz Deutschland ist, ablehnt. Der neue bayerische Angriff auf die Autorität des Reiches ist die Folge davon, daß Geßler den General von Lossow, Befehlshaber der Reichswehr in Bayern, abberufen hat.

Beschuldigungen gegen deutsche Regierung.

Paris, 23. Okt. — Diplomatische und politische Kreise werden immer mehr überzeugt, daß die deutsche Regierung ein bestimmtes Abkommen über Zahlung von Entschädigungen zu verschieben sucht, bis die französischen Frühjahrswahlen vorbei sind. Berlin soll politische Agenten in Frankreich halten, in Fühlung mit den Leitern den Oppositionsparteien, die eine Koalition bilden, um die Regierungsmehrheit in der Deputiertenkammer zu bekämpfen. Diese neue Kombination, Radikale und Sozialisten, hoffen die Herrschaft über das Parlament zu erlangen. In diesem Falle könnte Deutschland auf eine weniger kräftige Behandlung von Frankreich rechnen.

Ein Sieg dieser Koalition würde den sofortigen Abgang von Poincare bedeuten. Nachfolger würde entweder Herriot oder Painleve. Keinem der beiden traut man die Kraft und Zähigkeit des gegenwärtigen Premierministers zu. Ein hoher Beamter, den Berliner Bericht über den jüngsten Besuch des deutschen Geschäftsträgers bei Poincare besprechend, sagte, Deutschland bezwecke dadurch lediglich, Frankreich die Schuld an Wirren aufzubürden, welche in Ruhr oder Rheinland infolge des finanziellen Zusammenbruchs von Deutschland eintreten können.

Die deutsche Taktik sei, der Welt einzureden, daß Poincare jedes Schlichtungsangebot der Berliner Regierung brutal zurückweise. Jedes Vorgehen der Berliner Regierung, sagte der Beamte, das Aufrichtigkeit zeigt, wird von Frankreich in versöhnlichem Geiste aufgenommen. Aber vorher kann Frankreich seine Stellung nicht schwächen, denn dies würde den deutschen Widerstand ermutigen.

Kanzler Stresemann macht energisch Front gegen Poincare; kündigt an, daß keine Kohlen für das Reparationen-Konto geliefert würden.

Berlin, 23. Okt. — Kanzler Stresemann, welcher überzeugt ist, daß Frankreich entschlossen ist, lieber die Ruhr und die Rheinlande zu halten, als Reparationen zu empfangen, erließ heute durch seine persönliche Zeitung „Die Zeit" eine Herausforderung an Frankreich und kündigte an, daß Deutschland sich weigere, die Reparationenzahlungen in Kohle wieder aufzunehmen. „Die Zeit" sagte: Nach den Verhandlungen der letzten Tage muß die französische Regierung zu der Einsicht gekommen sein, daß die deutsche Regierung sich weigert, ihre politischen Entscheidungen hinsichtlich der Ruhr oder der Reparationen von Paris oder Brüssel diktieren zu lassen. Die deutsche Regierung wird sich nur durch die Interessen Deutschlands und durch nichts anderes leiten lassen. Keine Diktierung kann ihren Kurs ändern.

Die Herausforderung wurde erlassen, als Herr von Hoesch mit Poincare in Paris eine Konferenz hatte. Dem französischen Premier wurde wahrscheinlich mitgeteilt, daß sein angekündigtes Verbrechen, daß er die Besetzung der Ruhr unsichtbar gestalten würde, wenn der passive Widerstand aufhören würde, sich als werklos erwiesen habe. Die Truppen der Besatzung treffen Vorbereitungen, eine lange Zeit zu bleiben. Die zurückkehrenden Arbeiter sind aufgefordert worden, für eine unabhängige Rheinrepublik zu arbeiten und dazu beizutragen, daß dieselbe errichtet werden könnte.

Cuno reist heim.

New York, 23. Okt. — Dr. W. Cuno, Generaldirektor der Hamburg-Amerika Linie und Stresemanns Vorgänger als deutscher Reichskanzler, trat am Donnerstag von New York aus die Heimreise nach Hamburg an. Dr. Cuno, der einen Monat sich geschäftshalber in New York aufgehalten, auch einen Besuch bei Präsident Coolidge gemacht hatte, lehnte es ab, über politische Fragen zu sprechen; er erklärte bei der Abfahrt, er hoffe, bald wiederzukommen.

Frankreich lehnt den Weltgerichtshof ab.

Paris, 23. Okt. — In amtlichen Kreisen in Paris wird versichert, Frankreich werde sich keinenfalls darauf einlassen, die Forderung der Schweiz, daß an der gemeinschaftlichen Grenze eine militärische Zone geschaffen werden sollte, dem obersten Internationalen Gerichtshof im Haag zu unterbreiten. Der schweizerische Gesandte in Paris hatte eine Note mit diesem Vorschlag am Mittwoch dem Auswärtigen Amte zugestellt.

Rußland versorgt Deutschland mit Roggen

Berlin, 23. Oktober. — Rußland hat von seiner diesjährigen Ernte an Deutschland bereits 100,000 Tonnen Roggen geliefert und erwartet, weitere 300,000 Tonnen bis Ende November zu übermitteln, wie kontraktlich ausbedungen. Diese Erklärung wurde von Herrn Stomoniakoff, der an der Spitze der russischen Handelskommission in Berlin steht, heute bekanntgegeben.

Herr Stomoniakoff legte dar, daß Rußland dieses Jahr eine rekordbrechende Ernte habe. Um das zu beweisen, zeigte er offizielle Zahlenangaben vor, die bis zum 12. Oktober liefen. Bis zu diesem Datum hatte Rußland dieses Jahr 718,469 Tonnen Getreide nach Deutschland, Dänemark, Holland, Finnland, Belgien und Frankreich ausgeführt. Unter diesen Ausfuhrstoffen befanden sich Roggen, Weizen, Gerste, Hafer, Mais und Oelkuchen.

„Rußland hat Amerika dieses Jahr in der nach Europa exportierten Menge von Roggen übertroffen", erklärte der russische Ausfuhrleiter.

Lloyd Georges Verantwortlichkeit für die Ruhrbesetzung

Der ehemalige Premierminister Australiens, Hughes, veröffentlicht im „Melbourner Evening Sun" einen Aufsatz, der sich mit deß Angriffen Lloyd Georges gegen die englische Regierung wegen der Ruhrbesetzung beschäftigt.

Der Verfasser schreibt darin: „Die Franzosen stehen auf der Ruhr wegen des Vertrages von Versailles und Lloyd George ist mehr als ein anderer für diesen Vertrag verantwortlich. Wenn er der Meinung ist, daß die Deutschland auferlegten Lasten unerträglich sind, warum hat er dann seine Zustimmung zu solchen Bestimmungen gegeben?"

Hier wird also der schon mehrfach veränderte Gesichtspunkt aufgegriffen, daß es Lloyd Georges historischer Fehler gewesen ist, den Vertrag von Versailles zuzulassen.

Die Auffassung des australischen Ministers ist aber unzutreffend, wenn er zum Ausdruck bringen will, daß Frankreich auf Grund eines Rechts aus dem Versailler Vertrag die Ruhr besetzt halte.

Der Ruhrraub findet vielmehr in einer anderen Bestimmung des Schandvertrages seine nicht rechtliche, aber tatsächliche Begründung. Das ist die Entwaffnung und Machtlosigkeit Deutschlands, das einen offenen Rechtsbruch, wie die Ruhrbesetzung, eben stillschweigend über sich ergehen lassen muß. Diesen seinen Fehler, die völlige Machtlosigkeit Deutschlands zuzulassen, hat Lloyd George auch selbst seit langem eingesehen, was aus vielen seiner Kundgebungen schlüssig hervorgeht. Den politischen Fehler eines Staatsmannes verbessert man aber nicht dadurch, daß man ihm sagt: „Du bist ja selbst schuld daran".

Das scheint auch der australische Exminister einzusehen, denn er fährt in dem zitierten Aufsatz fort:

„England muß in dieser Angelegenheit zu einer positiven Politik übergehen. Eine Politik der Passivität, die sich nur treiben läßt, wenn die ganze Welt in Gefahr ist, bedeutet ein Zeichen von Schwäche. England ist es selbst und den anderen Völkern schuldig, zu sagen, was es will. Die Ruhrfrage kann nicht gelöst werden, wenn England nicht eine feste Haltung einnimmt."

Auch diese Aeußerung ist ein Beweis dafür, daß die schwächliche Haltung des britischen Kabinetts in allen Teilen des Imperiums wachsende Mißstimmung auslöst.

Franzosen bringen deutsche Gefangene nach überseeischen Strafkolonien

Berlin, 23. Okt. — Wie bereits kürzlich gemeldet worden, haben die Franzosen begonnen, deutsche Staatsbürger, die von französischen Kriegsgerichten im besetzten Gebiet zu längeren Strafen verurteilt wurden, nach überseeischen Strafkolonien zu schicken. So ist nunmehr die Nachricht hier eingetroffen, daß die Leidensgefährten Albert Schlageters, des standrechtlich erschossenen Rheinlandmärtyrers, die gleichzeitig mit ihm zu längerer Haft verurteilt wurden, nach der Insel St. Martin bei Bordeaux gebracht worden sind, von wo aus sie nach einer überseeischen Strafkolonie überführt werden sollen.

Zur Nachwahl in Milestone

Frederick B. Lewis ist der Kandidat der Dunning-Regierung; J. B. Patterson, Progressiver

Am Montag fand in Milestone die Nomination für den infolge des Ablebens Herrn Bernhard Larsons freigewordenen Sitz in der Saskatchewan Legislatur statt. Die Liberalen nominierten Herrn Frederick B. Lewis, einen Farmer von Gray, Sask., die Progressiven stellten in der Person des Herrn J. B. Patterson von Hearne, ebenfalls einen Farmer auf.

Da die liberale Dunning-Regierung bisher aber ihr Bestes zur Hebung der Farmerei und des Farmerstandes getan hat und auch fernerhin noch zu tun beabsichtigt, und da ferner die große Mehrheit der liberalen Abgeordneten im Provinzial-Parlament selbst Farmer sind, so können wir unseren Freunden im Milestone Wahlkreis nur bestens empfehlen, Herrn Frederick B. Lewis, den Kandidaten für die Dunning-Regierung, am nächsten Montag, den 29. Oktober, als ihren Vertreter in die Legislatur unserer Provinz zu wählen. Der Progressive J. B. Patterson scheint unter den deutschsprechenden Wählern des Wahlkreises auch wenig bekannt zu sein und gibt also augenscheinlich wenig um die Stimmen unserer Landsleute, da er wohl glaubt, auch ohne dieselben gewählt zu werden. Auch müssen wir unsere deutschen Freunde daran erinnern, daß die Progressiven bisher immer noch keine Plattform entworfen haben, die auch an die sog. Neu-Canadier appelliert; namentlich in der Schul- und Mäßigkeitsfrage zeigten sie sich bisher recht engherzig.

Hungerkrawalle und Sachsens Auflehnung gefährden Diktatur

Berlin, 23. Okt. — Kaum drei Tage alt, befindet sich die Stresemann-Regierung bereits in Gefahr. Auf der einen Seite wird die Regierung durch die hohen Preise mit ihrem Schieberwesen, das noch immer nicht unterdrückt ist, unterminiert, und durch die Hungerkrawalle im ganzen Lande, wobei die Bevölkerung eine zunehmend drohende Haltung einnimmt.

Auf der anderen Seite wird die Regierung durch die offene Herausforderung der kommunistisch-sozialistischen Regierung in Sachsen bedroht. Premier Zeigner, welchem es darum zu tun scheint, der Lenin von Sachsen zu werden, hat Stresemann zu verstehen gegeben, daß er keine einzige der Proletarier-Hundertschaften, wie die Rote Armee Sachsens genannt wird, auflösen wird. Dabei hat General Müller, der Befehlshaber der Reichswehr in Sachsen durch ein Dekret die sofortige Auflösung aller solcher Organisationen angeordnet.

Premier Zeigner weigert sich, dem Dekret Folge zu leisten. Dies setzt die jüngst dem Kanzler Stresemann übertragenen diktatorischen Machtvollkommenheiten einer scharfen Probe aus. Falls der Diktator verfehlt, das Dekret durchzuführen, wenn nötig mit Militärgewalt, so ist es um Stresemanns Prestige geschehen.

Inzwischen hat Premier Zeigner, wie autoritativ in Erfahrung gebracht wird, sich an die russische Regierung gewendet, um sich zu vergewissern, ob die Soviets mit Getreide und sonstigen Nahrungsstoffen hinter ihm stehen.

In Berlin hat dies Ueberraschung hervorgerufen, da die Verfassung bestimmt, daß nur die Reichsregierung mit fremden Mächten in Unterhandlungen treten darf.

Das Volk wird von Tag zu Tag mehr beunruhigt über die bedrückenden Preise. Nie zuvor in der Geschichte Deutschlands hat man von solchen Preisen wie den gegenwärtigen gehört. In der Regel wird jetzt Zahlung in Gold gefordert, während die Löhne noch immer mit Papiermark gezahlt werden. Außerordentlich komplizierte Finanzreformen mit mehreren Courantmitteln, von denen die Volksmassen kein Verständnis haben, werden jetzt durchgeführt. Was das Volk besonders nicht begreifen kann, ist der Umstand, daß das Brot seit dem Tage, da Stresemann Diktator geworden ist, von 340,000,000 Mark auf 500,000,000 Mark per Laib gestiegen ist und die Milch auf 100,000,000 Mark per Quart, während gleichzeitig Arbeiter nicht genug Papiergeld per Tag verdienen, um einen Laib Brot kaufen zu können.

Canadischer Getreidetransport durch Streitfrage gehemmt

Zwischen amerikanischen Reedereien und der canadischen Regierung ist eine Streitfrage entstanden, die, falls Canada nicht nachgeben und eine Verfügung des Frachttarifgesetzes ändern sollte, zur Folge haben dürfte, daß der weit größte Teil der canadischen Getreideernte den Winter über in Fort William, Ont., liegen bleiben und nicht ostwärts befördert werden wird. Zum Transport sind amerikanische Schiffe notwendig und die sind nach der Sachlage nicht zu haben.

Das neue canadische Tarifgesetz verfügt nämlich, daß für sämtliche Schiffe, welche Frachtgüter oder Getreide aus canadischen Häfen transportieren, der Frachtratentarif im Zollamt schriftlich eingereicht werden muß, ehe die Klarierungspapiere für die Schiffe ausgestellt werden und sie den Hafen verlassen dürfen. Darauf wollen sich die amerikanischen Reeder nicht einlassen. Es haben in dieser Angelegenheit bereits mehrere Konferenzen stattgefunden, die jedoch resultatlos verliefen.

Die „Cleveland-Cliff Navigation Company" hatte sich anfänglich erboten, zum Transport des Getreides aus dem Nordwesten Canadas nach Buffalo ihre aus 15 Dampfern bestehende Flotte zur Verfügung zu stellen. Da aber die canadische Regierung nicht nachgab und auf der Durchführung des betreffenden Gesetzes bestand, zog die erwähnte Reederei ihr Angebot zurück und es heißt jetzt, daß die Canadier beabsichtigen, den für den Achtransport nach dem Osten bestimmten Teil der canadischen Getreideernte in den Speichern in Fort William und Port Arthur über den Winter einzulagern.

Lloyd George warnt die Alliierten

Ruhrräuber sollten das deutsche Volk nicht zur Verzweiflung treiben

Chicago, 23. Okt. — In einer Rede im internationalen Amphi-Theater im Stockyards Distrikt billigte Lloyd George den Vorschlag von Hughes, wonach eine internationale Kommission Deutschlands Zahlungsfähigkeit festsetzen soll. Der gesunde Menschenverstand, sagte der frühere Premier, erheische eine solche Untersuchung, die einzige andere Wahl sei blinde Gewalt. Er vermöge nicht zu verstehen, sagte er, warum Frankreich oder Belgien die Annahme dieses maßvollen und vernünftigen Vorschlags ablehnen sollten. Der Redner besprach Europas Erschöpfung nach dem Krieg und die Entschädigungsfrage, als den dringlichsten Punkt der Lage. Lloyd George bezeichnete es als einen verhängnisvollen Irrtum, das deutsche Volk zur Verzweiflung zu treiben.

Wir wollen Entschädigungen, bemerkte der Redner und Revolution ist nicht das Mittel zu ihrer Erlangung. Lloyd George sprach zu einer Menge, welche das große Amphitheater mit 10,000 Sitzen füllte. Den Vorsitz in der Versammlung führte General Dawes, der frühere Vorstand des Bundesbudget in Washington. England, sagte Lloyd George, wünsche Entschädigungen. Es befolge aber seine überlieferte Politik der Mäßigung im Sieg, weil hierdurch das Ziel am sichersten erreicht werde. Man kann Geschäftsbücher nicht mit Bajonetten prüfen, meinte er.

Wenn Deutschland jetzt zahlen kann, so sollte es dies tun. Die Erledigung der Angelegenheit liegt in seinem Interesse. Wenn Deutschland zahlen kann und lediglich Zahlung verweigert, so laßt es uns ausfinden und die Alliierten werden bei jedem Unternehmen, das zur Erzwingung der Zahlung nötig ist, gemeinsam marschieren.

Die Ver. Staaten von Amerika sind völlig unparteiisch. Amerika hat kein Interesse an Entschädigungen. Es hat sicherlich an Deutschland kein größeres Interesse als irgend Jemand sonst. Es ist Frankreich sehr wohlgeneigt, mit einem freundlichen und unparteiischen Lande, das bei einer solchen Körperschaft vertreten ist, könnten wir daher einen Weg finden, um zu ermitteln, wie viel Deutschland zahlen kann. Nachdem dies geschehen, könnten wir gemeinsam marschieren, um Deutschland zur Zahlung zu zwingen. Das scheint mir das einzige Mittel zur Lösung dieser Frage, ohne weitere Störungen zu erregen, ohne die Welt umzustürzen, ohne Jedermann in einem Zustande der Nervosität zu halten, ohne das Vertrauen zu vernichten, welches die Grundlage des Handels ist.

Lloyd George gibt französischem Militärattache derben Nasenstüber

Lloyd George hielt vor zahlreich versammelter Menge in St. Louis, Mo., eine Rede, der wir folgendes entnehmen:

„Gestern besuchte ein wackerer Soldat (General Dumont, Militär-Attache der französischen Botschaft in Washington) Ihre Stadt und wie ich sehe, sagte er Ihnen, daß ein Freund Frankreichs Sie besuchen würde. General Dumont knüpfte hieran die höhnische Bemerkung: „Möge Gott uns vor unseren Freunden beschützen." Augenscheinlich war diese Bemerkung an mich gerichtet. Darauf möchte ich erwidern, daß ich solches Gebet in den Jahren 1914 bis 1918 nicht von französischer Seite gehört habe. Ich bedauere, daß jetzt eine derartige Bemerkung von einem Franzosen gemacht wurde und hoffe, eine solche nicht wieder zu hören.

Ich bin ein Freund Frankreichs, ja ich bin ein aufrichtiger Freund Frankreichs und ich habe dies nicht mit leeren Redensarten, sondern mit Taten bewiesen. Vier und ein halbes Jahr habe ich alle meine Kraft daran eingesetzt, Großbritannien in seiner ganzen Größe zu organisieren, um Frankreich in seinem schweren Kampfe helfen zu können. Ich gehöre zu der Partei in Großbritannien, welche traditionell ein Freund Frankreichs seit der französischen Revolution ist. Ich erhielt unter dem großen Führer Gladstone meine Erziehung, welcher ein eifriger Freund Frankreichs war und welcher deshalb von seinen Freunden verspottet und als „der alte große Franzose" bezeichnet wurde. Ich erinnere mich der Tage, als Schwierigkeiten zwischen uns und Frankreich bestanden und als einige gewisse Klassen in unserem Lande sich Deutschland zuneigten. In diesen Zeiten gehörte ich zu einer kleinen Gruppe im Hause der Gemeinen, welche alles versuchten, um die freundschaftlichen Beziehungen zu Frankreich zu erhalten. Daher habe ich das Recht zu behaupten, daß ich ein Freund Frankreichs bin. In den Jahren 1914 bis 1918 bezeugten wir unsere Freundschaft für Frankreich. Innerhalb der Zeit von 24 bis 48 Stunden standen wir an der Seite Frankreichs als es in Gefahr war! 900,000 Tote im britischen Kaiserreiche legen ein stummes Zeugnis für unsere Freundschaft ab. Doch was ist die Folge unserer Freundschaft und der freundschaftlichen Hilfe, welche wir Frankreich gebracht haben. Gerade jetzt essen 1,300,000 unserer besten Männer das Gnadenbrot, weil wir zur Hilfe Frankreichs geeilt sind. Wir haben kein Recht, einen Ratschlag zu geben, wir haben ein Recht zu sagen, daß wir Freunde haben, aber wir haben zur gleichen Zeit ein Recht zu behaupten, daß das Opfer, welches wir gebracht haben, nicht gemacht wurde, um die Angst, die Not und die Räuberei weiterhin aufrecht zu erhalten.

Was ist die Ansicht von heute? Deutschland sucht uns zu täuschen. Deutschland ist sehr reich. Deutschland kann bezahlen. Es ist nur dickköpfig. Gebrauche die Bajonette, die werden die Börse Deutschlands öffnen. Durchstich die Heuberge mit den Säbeln und die Kankrabande kann gefunden werden. Sind die Zustände wirklich derartig? Wenn sie wirklich so wären, könnten doch vernünftigere Maßnahmen zur Anwendung gebracht werden, um die Wahrheit festzustellen, als die Kriegswaffen. Man sagt, daß Deutschland Schiffe wiedererlangt habe, welche ihm weggenommen worden seien und daß es neue Schiffe seit 1919 erbaut habe. Laßt uns die Sache richtig betrachten. Deutschland wurde seiner ganzen Handelsflotte beraubt und es hatte keine Schiffe übrig. Es hat einige Schiffe seit 1919 erbaut, aber Schiffe um Nahrungsmittel für seine Bevölkerung herbeischaffen zu können und um Rohmaterialien für seinen Handel und Fabriken heranschaffen zu können. Es hat wirklich Eisenbahnwagen zurückgekauft und hat auch einige neue erbaut. Aber es mußte dies tun um nicht verhungern zu müssen, denn hundert tausende seiner Eisenbahnwagen wurden ihm weggenommen. Deutschland konnte nicht leben, ohne von irgendwoher Mittel des Transportes zu erlangen, aber während dies die Zustände in Deutschland sind, finden doch Brotunruhen statt. Und es ist kein Zweifel, daß Kinder infolge Mangels an Nahrung — Milch, Brot — in Deutschland sterben müssen.

Glauben Sie wirklich, daß das deutsche Volk um die Alliierten zu täuschen, seine Kinder verhungern läßt, seine alten Männer und Frauen hinsiechen läßt, während es zu gleicher Zeit seine Millionen für Eisenbahnen, Schiffe und andere ähnliche Orgien zum Fenster hinauswirft? Ist es nicht unsinnig, selbst nur eine solche Vorstellung in sich wach werden zu lassen? Deutschland kann bezahlen und es sollte bezahlen, und dies kann nicht in Frage gezogen werden. Aber Nationen müssen genau in demselben Wege wie Privatpersonen behandelt werden. Zuerst muß ein Urteil gegen dieselben erlangt werden und dann muß festgestellt werden, wie viel der Schuldner zahlen kann und jeder kluge Anwalt kann Euch sagen, daß Ihr nicht erhalten werden, was ihr verlangt, wenn Ihr Euren Gläubiger zu hart bedrängt.

Ich habe keine Abbitte an Deutschland zu leisten fuhr er fort, denn die deutsche Regierung fand die Zeit günstig, einen Krieg zu beginnen, welcher der ganzen Welt Not und Elend gebracht hat. Aber ich glaube nicht, daß wir Deutschland verhungern lassen sollten, daß wir die starken Männer Deutschlands verkommen lassen und die Nation zu Schuldensklaven machen sollten. Wir wollen freie Nationen, denn jede Nation, die nicht frei ist, wirft ein böses Licht auf die freien Nationen.

Wir glauben an Freiheit in der ganzen Welt, und jede Nation muß frei sein; denn sollte dies nicht der Fall sein, so werden wir Zustände in der ganzen Welt zu erwarten haben, welche nicht nur die alltäglichen Geschäfte beeinflussen werden, sondern welche auch Zustände im Gefolge haben werden, welche wir uns nicht ausdenken können. Zukünftige Schreckenstage, zukünftige Sorgen, welche weit entfernt von Eurem Lande zu sein scheinen. Es ist zu Eurem eigenen Interesse — und es mag mir erlaubt sein, zu Euch als der großen Nation zu sagen — es ist sogar ein Teil der Verpflichtungen einer großen Nation, ihr bestes zu tun die göttliche vor nunmehr 1900 Jahren erlassene Weisung auszuführen „Ehre sei Gott in der Höhe und Friede den Menschen auf Erden, die eines guten Willens sind."

Rebellen sollen von italienischen Truppen in Tripoli erschlagen worden sein.

London, 23. Okt. — Die italienischen Truppen in Tripoli griffen gestern 1500 Rebellen südlich von dem Berge-Surata an, wie eine Nachricht aus Rom meldet. Die Rebellen wurden auseinandergetrieben und ließen 440 Tote, viele Verwundete und große Beute auf dem Kampfplatze zurück. Die Italiener verloren zehn Tote und 50 Verwundete. Italienische Flugzeuge nahmen an dem Kampfe teil und bombardierten die Rebellen.

Letzte Nachrichten

Regina, Sask. — Die Exekutive des Saskatchewan Weizenpools bemüht sich zur Zeit, die Dominion-Regierung zur Unterstützung des kooperativen Weizenverkaufsplanes in dieser Provinz zu bewegen.

Calgary, Alta. — Saskatchewan Farmer können ihren Weizen dies Jahr nicht dem Alberta Weizenpool zuschicken, wie Präsident H. W. Wood von den Vereinigten Farmern heute erklärte.

Aachen, Rheinpreußen. — Eine Rheinland-Republik wurde hierselbst von den Separatisten proklamiert. Sie setzten sich in Besitz sämtlicher öffentlicher Gebäude, ohne auf Widerstand vonseiten der Sicherheitspolizei zu stoßen. Auch Exkelenz übergab sich den Separatisten. Aus Brüssel wird gemeldet, daß die Separatisten-Bewegung sich im belgischen Besetzungsgebiet ausdehnt und bereits auf französisch besetztes Gebiet übergegriffen habe, wo die Städte München-Gladbach, Bernicastel und Trier den Separatisten in die Hände fielen. Die französisch-belgischen Behörden leisten den Separatisten weitesten Vorschub.

Paris. — Im hochkultivierten Paris fand ein Duell zwischen zwei „Edelmännern" statt. Nach dem Duell tranken Sieger und Besiegter auf ihre gegenseitige Gesundheit.